

[\[Go To Best Hit\]](#)© **Berner Zeitung**; **08.03.2005**; Seite 38

BZ-Kanton Bern

«*Neue deutsche Welle*»

Immer mehr Deutsche werden in der Schweiz studieren

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat entschieden: Deutsche Hochschulen dürfen Studiengebühren erheben. Damit wird es für deutsche Studierende immer attraktiver, in der Schweiz zu studieren.

Keine Freude löste der Entscheid des Bundesverfassungsgerichts bei den Studierenden in Deutschland aus. Ihre Organisationen haben umgehend Protestkundgebungen und Demonstrationen angesagt. Anders reagierten die Hochschulrektorinnen und -rektoren; sie freuen sich über die zusätzlichen Mittel, die in ihre Kassen fließen werden. Der Entscheid der deutschen Verfassungsrichter wird weitere Wirkung zeigen. Besonders auf die Wahl der Hochschule. Junge Deutsche werden auf den Preis beziehungsweise das Preis-Leistungs-Verhältnis der Hochschule achten. Die einen werden nach günstigen, die anderen nach qualitativ hoch stehenden und die meisten nach günstigen und gleichzeitig hervorragenden Universitäten und Fachhochschulen Ausschau halten. Dabei werden sie sich sowohl auf Gebührenlisten als auch auf Hochschulvergleiche und -rankings abstützen.

Vergleiche

Den besten Hochschulvergleich in Deutschland bietet das Centrum für Hochschulentwicklung in Gütersloh an (www.che.de). Die Ergebnisse des Vergleichs werden jeweils im Frühjahr in der deutschen Wochenzeitung «Die Zeit» publiziert. Neu werden neben Deutschland auch die Hochschulen in der Schweiz und Österreich berücksichtigt. Man muss kein Hellseher sein, um vorauszusagen, dass einige Schweizer Hochschulen in den Spitzenplätzen vertreten sein werden. Es sind die Hochschulen, die auch in anderen internationalen Vergleichen jeweils gut abschneiden. Zum Beispiel die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH), die Universitäten Zürich und Basel oder die Universität St. Gallen. Aus deutscher Sicht wird es zum ersten Mal so sein, dass man im Nachbarland Schweiz gleich günstig und teilweise erst noch «besser» studieren kann als zu Hause.

Erster Platz in Reichweite

Den Schweizer Hochschulen «droht» damit eine «neue deutsche Welle». Mehr junge Leute aus Deutschland werden bei uns studieren wollen. Das ist zuerst einmal erfreulich, da ja vor

allein die gute Qualität die jungen Ausländerinnen und Ausländer ins Land lockt. Schon heute liegt die Schweiz dank gutem Renommee bezüglich der Zahl ausländischer Studierender nur ganz knapp hinter Australien auf dem zweiten Platz. Auf Grund der neuen Ausgangslage liegt der erste Platz in Reichweite. Während aber in Australien Studierende aus dem Ausland dank hohen Studiengebühren ein Geschäft sind, bezahlen die Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler pro Studentin und Student aus dem Ausland rund 25 000 Franken im Jahr. Zudem bedeuten mehr Studierende an den Hochschulen in der Regel eine schlechtere Betreuungsqualität. Schon heute gibt es in der Schweiz unglaubliche Betreuungsverhältnisse von einer Professur auf 300 Studierende, während sich dieses Verhältnis an amerikanischen Spitzenuniversitäten um 1:15 bewegt.

Nur die ETH und die Universität St. Gallen wählen heute ihre ausländischen Studierenden aus. Die Studienanwärterinnen und -anwärter müssen sich um einen Studienplatz bewerben und je nach dem eine Aufnahmeprüfung absolvieren. Der Erfolg dieser Massnahme ist bekannt: Beide Hochschulen zeichnen sich international durch eine gute Qualität und ein hervorragendes Renommee aus. Einen anderen Weg zur Qualitätssicherung hat die noch junge Universität der italienischen Schweiz gewählt. Dort zahlen Studierende aus dem Ausland doppelt so hohe Gebühren wie ihre inländischen Kollegen: nämlich 8000 Franken pro Jahr. Dies zahlt sich aus: 43 Prozent der Studierenden kommen aus dem Ausland.

Auswählen

Die übrigen 15 Schweizer Hochschulen müssen den aufgezeigten Best-practice-Beispielen folgen, damit sie weiterhin ein hohes Ausbildungsniveau gewährleisten können. Sie sollten sowohl die Studierenden auswählen als auch höhere Studiengebühren verlangen dürfen. Diesen Weg verfolgen fast alle international erfolgreichen Hochschulen, heissen sie Harvard, Oxford oder Sorbonne. An der prestigeträchtigen London School of Economics and Political Science bezahlt ein Schweizer oder eine Schweizerin rund 18 000 Franken im Jahr. Selbstverständlich muss er oder sie sich um den Studienplatz bewerben. Genommen werden nur die Besten. Der Ausländeranteil liegt bei 90 Prozent. Wenn sich auch die Schweiz als internationales Bildungsland profilieren und am «Hochschulgeschäft» beteiligen will, muss sie ihre Rahmenbedingungen schnell und gründlich ändern. Vorbilder hat es im Land selbst. Mit Studiengebühren von rund 10 000 Franken im Jahr gelingt es der Hochschule für Wirtschaft und Verwaltung in Zürich, schwarze Zahlen zu schreiben. Einen Gewinn erwirtschaftet auch die Hotelfachschule in Lausanne. Die Gebühren für das dreisemestrige MBA-Programm betragen 48 500 Franken.

Doppeltes Geschäft

Bildung wird in Zukunft zum doppelten Geschäft. Einerseits hängt in der Wissensgesellschaft die Entwicklung und damit der Wohlstand eines Landes sehr stark vom Ausbildungsstand der Bevölkerung ab. Andererseits kann man mit guten Ausbildungsangeboten Geld verdienen. Es gilt deshalb, mit herausragenden Hochschulen die talentiertesten jungen Leute aus dem In- und Ausland anzuziehen. Die Schweiz hat

intakte Chancen. Diese gilt es jetzt zu nutzen, damit ein möglichst grosses Stück am weltumspannenden Bildungsgeschäft gesichert werden kann.

Christian **Aeberli**

Christian **Aeberli** ist Bildungsexperte bei Avenir Suisse, Zürich.

«Keine Invasion aus Kostengründen»

Christoph Schäublin, Rektor der Uni Bern, glaubt nicht an einen deutschen Massenandrang an Schweizer Unis.

Denn auch in der Schweiz müssten deutsche Studierende Studiengebühren bezahlen. Schäublin: «Erst wenn die Studiengebühren in Deutschland deutlich höher wären als in der Schweiz, würden sie die Studierenden veranlassen, über eine Abwanderung ernstlich nachzudenken.» Im Moment steht die Höhe der Gebühren in Deutschland noch nicht fest. Kommt hinzu, dass für die Studierenden nicht nur die Höhe der Studiengebühren zählt, sondern auch diejenige der Lebenshaltungskosten. Und da schneidet die Schweiz schlecht ab: Das Leben in der Schweiz ist nun einmal vergleichsweise teuer. Schäublin: «Ich höre immer wieder, dass ausländische Studierende zwar gerne in die Schweiz kämen, dass sie sich aber den Aufenthalt hier schlicht und einfach nicht leisten können.»

Die Studierenden könnten rechnen, und sie würden wohl eine Mischrechnung anstellen müssen: Studiengebühren versus Lebenshaltungskosten.

Dabei stelle sich auch die Frage, wie es in der Schweiz mit der Möglichkeit stehe, legal zu jobben. Eine Rolle spielen werde vermutlich auch, wie liberal man in Deutschland das Stipendienwesen und sonstige Ausbildungshilfen handhaben wird für Studierende, die im Ausland studieren wollen. Insgesamt, so Schäublin: «Eine Invasion aus Kostengründen befürchte ich nicht.»

Sollten andererseits vermehrt deutsche Studierende die Uni Bern wählen wegen der Ausbildungsqualität, soll es ihm, Schäublin, recht sein. Allerdings werfe die Finanzierung ausländischer Studierender Fragen auf, ganz generell. Die kantonalen Universitäten erhalten für Studierende aus andern Kantonen Beiträge, und zwar direkt von den Entsenderkantonen, und zwar auf Grund einer Interkantonalen Vereinbarung (IUV). Für ausländische Studierende dagegen erhalten sie nichts. Das sei ein Umstand, auf den die kantonalen Universitäten dem Bund gegenüber schon lange aufmerksam machen würden, der seinerseits Interesse bekunde an möglichst vielen ausländischen Studierenden.

Sollen also die ausländischen Studierenden die finanzielle Lücke selbst füllen mit höheren Studiengebühren? Schäublin: «Tatsächlich sagt man mir auch immer wieder, dass unser Studienangebot auf dem Weltmarkt (z.B. im Fernen Osten) wenig gelte, wenn es fast nichts koste (was nichts kostet, taugt nichts).» Soll die Berner Universität also aus Marketinggründen im internationalen Auftritt teurer werden?

Was nun Deutschland betreffe und generell die EU, so werde man auf eine gewisse Reziprozität achten müssen: Es sei zu prüfen, wie weit Diskriminierungen (höhere Gebühren und individuelle Auswahl) wiederum Diskriminierungen von Schweizer Studierenden im EU-Raum nach sich zögen. Oder ob solche Diskriminierungen auf Grund geltender Verträge und Vereinbarungen nicht ohnehin ausgeschlossen sind. «Insgesamt», so Schäublin, «zielen die Vorstellungen von Avenir Suisse auf einen fundamentalen Systemwechsel ab, der letztlich nicht nur die ausländischen Studierenden betrifft.» OZ

www.swissdox.ch · E-Mail: contact@swissdox.ch